

TICKER Beilage zu STICHWORT BAYER 3/19

Kurzmeldungen zu einem multinationalen Chemiekonzern



+ + T I C K E R + + T I C K E R + +

AKTION & KRITIK

CBG bei Aachener Klima-Demo

Der BAYER-Konzern zählt zu den großen Klima-Killern. Und mit dem Erwerb von MONSANTO wächst sein Sünden-Register noch einmal gehörig an. „Dank“ des neuen Unternehmensteils stiegen die Kohlendioxid-Emissionen des Leverkusener Multis im Geschäftsjahr 2018 um mehr als 50 Prozent von 3,63 Millionen auf 5,45 Millionen Tonnen – und das, obwohl er den CO₂-Ausstoß seines Neuerwerbs erst ab dem 7. Juni 2018, dem offiziellen Übernahme-Datum, mitzählte. Wegen des massiven Treibhausgas-Ausstoßes des Global Players beteiligt sich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN seit Jahr und Tag an den Klima-Protesten. Auch am 21. Juni 2019 in Aachen war die Coordination mit von der Partie. Sie gehörte zu den rund 40.000 Teilnehmer*innen der Demonstration, zu der „Fridays For Future“ unter dem Motto „Die Klima-Krise kennt keine Grenzen – wir auch nicht“ aufgerufen hatte.

CBG beim „March Against BAYER“

Am 18. Mai 2019 fanden rund um den Globus mehr als 60 Protest-Märsche gegen BAYER bzw. die BAYER-Tochter MONSANTO statt. Von Paris und Belgrad über Porto und Santiago bis nach San Diego und Buenos Aires erklang der Aufruf, an die alte Tradition der „Marches Against MONSANTO“ anzuknüpfen und ein Zeichen gegen Konzern-Macht zu setzen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) beteiligte sich an dem March in Hamburg, den die Initiativen machbar e. V., HAMBURG GENFREI, ROBIN WOOD und andere Gruppen organisiert hatten. In seinem Rede-Beitrag auf der Abschluss-Kundgebung der Demonstration, an der ca. 300 Menschen teilnahmen, präsentierte CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann die jetzt schon verheerende Bilanz von BAYERS MONSANTO-Übernahme. Diese geht bisher vor allem zu Lasten der Beschäftigten, führte der Sozialwissenschaftler aus. Die bisherigen Schadensersatz-Prozesse in Sachen „Glyphosat“ endeten erstinstanzlich nämlich mit Verurteilungen zur hohen Strafzahlungen, die nicht folgenlos blieben. Der Aktien-Kurs des Leverkusener Multis stürzte ab, woraufhin das Unternehmen auf Druck seiner Investoren ein Rationalisierungsprogramm aufsetzte, das die Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen vorsieht. Und nach Stelzmanns Einschätzung folgt das Monopoly-Spiel im Agro-Bereich einem System. Der Überlebenskampf auf dem Markt führt zu Konzentrationsprozessen und fördert das Entstehen dominanter Player. Darum muss, wer die großindustrielle Landwirtschaft und deren fatale Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt kritisiert, den Widerstand gegen den Kapitalismus organisieren, so das Fazit des CBGlers.

CBG beim Ostermarsch

BAYER stand in beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts an vorderster Front. Im Ersten Weltkrieg entwickelte der Leverkusener Multi chemische Kampfstoffe und erprobte bereits das Zwangsarbeiter*innen-System, das der Konzern dann im Zweiten Weltkrieg als Teil der von ihm im Jahr 1925 mitgegründeten IG FARBEN perfektionierte. In Auschwitz unterhielt die IG sogar ein eigenes KZ. Darum verwies CBG-Vorstand Axel Köhler-Schnura am 20. April 2019 in seiner Rede auf dem Duisburger Oster-

marsch der Friedensbewegung auch auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg. Und im Kampf um Profite und Absatz-Märkte machte er schon ein neues Schlachtfeld aus: China. Seiner Ansicht nach stellt das aufstrebende „Reich der Mitte“ mit seiner Wirtschaftsdynamik nämlich eine Bedrohung für die Renditen der westlichen Unternehmen dar. „Insgesamt ist die Lage wirklich ernst“, warnte der Diplom-Kaufmann und resümierte: „Es wird keinen Frieden geben auf dieser Welt, solange Kapitalismus herrscht und die Welt vom Kapital beherrscht wird.“

Verheerende BAYSANTO-Bilanz

Die Organisationen INKOTA und MISEREOR haben das erste gemeinsame Jahr von BAYER und MONSANTO untersucht und die Ergebnisse in der Broschüre „Advancing Together“ zusammengefasst. Die Bilanz fällt verheerend aus. Die Autor*innen kritisieren den Leverkusener Multi etwa für sein Festhalten an MONSANTOs umstrittenem Herbizid Glyphosat. Auch stoßen sie sich an der Fortsetzung des Projektes „Water efficient Maize for Africa“ (WEMA), weil die Erträge dieses gemeinsam mit der „Bill & Melinda Gates Foundation“ initiierten Vorhabens mager ausfallen und es gerade für Kleinbauern und -bäuerinnen keinerlei Vorteile bietet (siehe ERSTE & DRITTE WELT). Zudem verfolgt das bundesdeutsche Unternehmen in Argentinien die unsägliche Lobby-Arbeit seiner jetzigen Tochter-Gesellschaft für ein neues Saatgut-Gesetz weiter (siehe POLITIK & EINFLUSS), wie „Advancing Together“ moniert. Insgesamt erhält das agro-industrielle Modell durch die MONSANTO-Übernahme noch einmal Auftrieb, resümieren INKOTA und MISEREOR. Folgen hat das vor allem für den globalen Süden. So kommen etwa auf den riesigen Agrar-Flächen Lateinamerikas mit seinen Gentech-Monokulturen noch einmal mehr Pestizide zum Einsatz, die in Europa keine Zulassung haben – oder noch nie hatten. Deshalb lautet eine der Forderungen der beiden Gruppen an BAYER, die Politik der doppelten Standards zu beenden. Des Weiteren verlangen sie vom Konzern, den Verkauf hochgiftiger Pestizide zu stoppen, Glyphosat-Geschädigten ein angemessenes Schmerzensgeld zu zahlen und WEMA auslaufen zu lassen.

Indische NGOs schreiben der EU

Die ersten Glieder der globalen Wertschöpfungsketten von BAYER, BOEHRINGER und anderen Pillen-Riesen befinden sich in Indien und China. Diese Staaten bieten nämlich Standort-Vorteile wie niedrige Lohn-Kosten und laxer Umwelt-Auflagen. Dementsprechend hat die dort betriebene Fertigung fatale Folgen für Mensch, Tier und Umwelt. Darum haben sich jetzt die indischen Initiativen GAMANA und COMMUNITY ENVIRONMENTAL MONITORING und viele andere Gruppen und Lokalpolitiker*innen mit einem Offenen Brief an die EU gewandt. „Im Namen unserer indischen Mitbürger schreiben wir, um Sie aufzufordern, Maßnahmen zu ergreifen und sich mit der schwerwiegenden Umwelt- und Gesundheitskrise zu befassen, die sich in Indien im Zusammenhang mit der Produktion von Arzneimitteln für globale Märkte, darunter die EU, entfaltet“, heißt es darin. Zu den massivsten Problemen, welche die Verfasser nennen, gehört die Einleitung von Rückständen aus der Antibiotika-Herstellung in die Gewässer. Dadurch stellen sich die Krankheitserreger nämlich auf die Substanzen ein und bilden Resistenzen. 58.000 Babys sterben den Aktivist*innen

zufolge jährlich in dem Land, weil sie sich mit Keimen infiziert hatten, gegen die kein Kraut mehr gewachsen war. Als konkrete Maßnahmen verlangen die Unterzeichner*innen von der Europäischen Union unter anderem, ein Monitoring-System für Pharmarückstände zu etablieren, Grenzwerte zu erlassen und Umweltfaktoren zu einem Kriterium bei Fabrik-Inspektionen zu machen. Eine Antwort aus Brüssel haben die indischen Gruppen bis heute nicht erhalten.

Anfrage zur „MONSANTO-Liste“

Die wichtigste Aufgabe der von der jetzigen BAYER-Tochter MONSANTO im Jahr 2014 angeheuerten PR-Agentur FLEISHMAN HILLARD (siehe auch POLITIK & EINFLUSS) bestand darin, dem umstrittenen Herbizid Glyphosat in Europa eine Zulassungsverlängerung zu verschaffen. Für Deutschland entwickelte die Firma deshalb gemeinsam mit ihrem Auftraggeber eine Strategie, „um es der Regierung zu erlauben, zu einer Position zurückzukehren, die der Glyphosat-Zulassungsverlängerung positiv gegenübersteht“. Im Zuge dessen legten die Influencer*innen so genannte „Stakeholder-Listen“ mit für den Entscheidungsprozess wichtigen Personen an. Sie ordneten ihnen Kategorien wie „Freund“, „Feind“ oder „beeinflussbar“ zu und trafen dann entsprechende Maßnahmen. Nicht zuletzt im Umfeld des damaligen Landwirtschaftsministers Christian Schmidt (CSU) entfaltete die Agentur Aktivitäten. Das musste die Große Koalition in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sylvia Gabelmann von der Partei „Die Linke“ einräumen. „Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen befinden sich auch Namen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft auf den in der Fragestellung angesprochenen sogenannten ‚Stakeholder-Listen‘“. Das nährt den Verdacht, dass FLEISHMAN HILLARD kräftig daran mitgewirkt hat, Schmidt dazu zu bewegen, entgegen der Koalitionsabsprache für eine erneute Glyphosat-Genehmigung zu stimmen. Das Webportal *Politico* jedenfalls beglückwünschte die PR-Profis ausdrücklich für den Erfolg ihrer Einfluss-Arbeit. „Es war Fleishmans multinationale Kampagne, die MONSANTO und wohlmeinende Regierungen mit den Argumenten versorgte, welche diese brauchten, um diejenigen in die Schranken zu weisen, die für einen Bann eintraten“, konstatierte *Politico*.

Proteste gegen Fabrik-Ausbau

Der BAYER-Konzern baut an den chilenischen Standorten Viluco und Paine seine Saatgut-Fertigungsstätten aus. In Paine wollen das die Bürger*innen nicht so einfach hinnehmen. Sie haben das KOMITEE FÜR DIE VERTEIDIGUNG VON PAINE (COMITÉ POR LA DEFENSA DE PAINE) gegründet und versuchen, das Projekt zu verhindern. „Hier entsteht gerade die größte Fabrik für die Verarbeitung von Saatgut in Lateinamerika. Es gibt keine Studien über die Auswirkungen auf die Umwelt. Die Politiker haben dem Projekt zugestimmt, ohne die Meinung der Bevölkerung einzuholen“, kritisiert Komitee-Sprecherin Camila Olavarria. Sie befürchtet vor allem Auskreuzungen der Gentech-Saaten auf herkömmliche Acker-Früchte. Als Gründe, die gegen das Vorhaben sprechen, hätte Olavarria auch noch die vielen klima-schädlichen Kohlendioxid-Emissionen, die bei der Saatgut-Produktion anfallen, und den Staub-Ausstoß der Anlagen nennen können. Unter

den Risiken und Nebenwirkungen von Glyphosat leidet der Ort ebenfalls. „Es gibt immer mehr Krebs-Erkrankungen. Nicht nur unter den Bauern, sondern auch unter den Saison-Arbeitern und Menschen, die in der Nähe der Felder leben“, so Camila Navarro vom Komitee.

Grütters kritisiert BAYER

Mitte April 2019 eröffneten die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden im sächsischen Torgau eine Ausstellung mit der Statue „Mars“ des Renaissance-Künstlers Giambologna. Wenn es nach dem ursprünglichen Willen BAYERs gegangen wäre, hätte die Schau nie stattfinden können. Der Leverkusener Multi hatte nämlich mit dem Werk, in dessen Besitz er 1988 durch eine Schenkung kam, anderes vor. Er wollte die Bronze bei Sotheby's versteigern lassen. Daraufhin erhob sich massiver Protest, denn der Mars gelangte bereits 1587 an den sächsischen Hof und befand sich mehr als 300 Jahre in der Dresdner Kunstkammer und dem Historischen Museum. Der Global Player erwog aber trotzdem niemals, die Figur dorthin zurückzugeben. BAYER sei es seinen Aktionär*innen schuldig, die Figur zum höchstmöglichen Preis zu veräußern, verlautete aus der Unternehmenszentrale. Erst als sich ein PR-GAU anbahnte, zog der Agro-Riese den „Mars“ von der Auktion zurück. Daraufhin schrieb Kulturstaatsministerin Monika Grütters, die der nordrhein-westfälischen Landesregierung in der Sache zuvor „echtes Behörden-Versagen“ attestiert hatte, weil diese die Ausfuhr eines zum deutschen Kulturerbe gehörenden Kunstwerks erlaubt hatte, einen persönlichen Brief an BAYER. Darin forderte sie die Aktien-Gesellschaft auf, das Kunstwerk den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden zu schenken. „Ein Konzern wie ihrer, der damit wirbt, dass der Wert seiner Marke bereits 2015 auf 6,3 Milliarden Euro beziffert wurde, soll sich auch der damit einhergehenden gesellschaftlichen Verantwortung bewusst werden“, schrieb sie und rief den Manager*innen ins Gedächtnis zurück: „Eigentum – und dazu gehört auch Kultur-Eigentum – verpflichtet“. Aber es war vergebliche Liebesmüh'. BAYER verlangte Geld. Und so wanderte ein Millionen-Betrag aus der Staatskasse auf das Konto des Gen-Giganten.

ERSTE & DRITTE WELT

BGA gegen Lieferketten-Gesetz

Die Lieferketten BAYERS im Pharma-Bereich erstrecken sich über den gesamten Globus. So bezieht der Leverkusener Multi Arznei-Grundstoffe aus Indien und China, wo hunderte Firmen zu Schnäppchen-Preisen für den Weltmarkt fertigen, was verheerende Folgen für Mensch, Tier und Umwelt hat. In anderen Branchen kommt es im Zuge der Globalisierung zu ähnlichen Phänomenen. Darum erkannten die Vereinten Nationen bereits im Jahr 2011 Handlungsbedarf und hielten ihre Mitgliedsländer dazu an, Maßnahmen zu ergreifen. Die bundesdeutsche Politik kam dem nach, indem sie einen Nationalen Aktionsplan (NAP) zur „Einhaltung von Menschenrechten in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten“ erstellte. Dabei setzt die Bundesregierung jedoch in alter Tradition auf Freiwilligkeit. Nur wenn BAYER & Co. nicht liefern, will die Große Koalition die Konzerne per Gesetz zwingen, ethische Mindeststandards einzuhalten. Ingo

Kramer von der „Bundesvereinigung der Arbeitgeber-Verbände“ (BDA) zeigt sich erbost über diese Option. „Das ist absurd. Ich hoffe, dass die Bundesregierung von diesem Unsinn absieht“, sagte er gegenüber der *Rheinischen Post*. „Hier wird eine faktische Unmöglichkeit von den Unternehmen verlangt: Sie sollen persönlich für etwas haften, was sie persönlich in unserer globalisierten Welt gar nicht beeinflussen können“, echauffiert sich der BGA-Präsident.

Disput um Lieferketten-Monitoring

Die Bundesregierung widersetzt sich der Forderung vieler Initiativen, BAYER & Co. für ihre globalen Lieferketten rechenschaftspflichtig zu machen und die Konzerne per Gesetz zur Einhaltung ethischer Mindeststandards zu zwingen (s. o.). „Sozial- und Umweltstandards in nachhaltigen Wertschöpfungsketten können am besten durch eine intelligente Verknüpfung freiwilliger und verbindlicher Ansätze gestärkt werden („smart mix“), meint die Große Koalition. Ihr Nationaler Aktionsplan (NAP) zur „Einhaltung von Menschenrechten in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten“ steckt jedoch noch in der Phase der Informationsbeschaffung. Das Auswärtige Amt fragt testweise 30 Unternehmen ab, wie sie es in Sachen „Menschenrechte“ bei ihren Lieferketten so halten. Nach einer Bewertung der Antworten steht dann eine Ausweitung der Frage-Runde an. Und erst wenn sich dabei ernsthafte Verfehlungen herausstellen sollten, will die Große Koalition juristische Mittel erwägen. Einstweilen entflammt jedoch schon ein Streit um die Anforderungen, welche die Berichte der Unternehmen erfüllen müssen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier – eifrig darauf bedacht, seinen Ruf loszuwerden, er vertrete die Interessen der Industrie nicht vehement genug – tut alles, um die Multis vor Lieferketten-Unheil zu verschonen. Schon im Vorfeld versuchte er, diese vor allzu heiklen Fragen zu schützen. Und als es um die Auswertung ging, war er mit Kategorien wie denen eines „Fast-Erfüllers“ von Menschenrechten zur Hand. Zum Glück konnte er sich mit diesen Vorstößen gegenüber Justizminister Heiko Maas (SPD) und Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) einstweilen nicht durchsetzen.

Merkel & Co. verweigern Unterschrift

„Gerade die Industrieländer profitieren von Globalisierung und internationaler Arbeitsteilung. Daher stehen sie besonders in der Verantwortung, nicht nur bei sich für faire Arbeitsbedingungen zu sorgen, sondern auch an jeder anderen Stelle der globalen Wertschöpfungs- und Lieferkette darauf zu drängen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juni 2019 auf der Jahres-Konferenz der „Internationalen Arbeitsorganisation“ (ILO) in Genf. Taten folgten den Worten jedoch nicht. So weigert sich die Bundesregierung seit Jahren, das Zusatz-Protokoll des UN-Sozialpakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu unterzeichnen. Dieses sieht bei Verstößen gegen das Abkommen nämlich konkrete Beschwerde- und Untersuchungsverfahren vor. Und da die Große Koalition es beispielsweise dem BAYER-Konzern lieber ersparen möchte, sich für die gesundheitsgefährdende Produktionsweise seiner indischen Arznei-Zulieferer verantworten zu müssen, betreiben CDU und SPD Blockade-Politik. Die menschenrechtspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Margarete Bause, kritisiert diese Haltung massiv: „Es sollte doch

eine Selbstverständlichkeit sein, dass Einzelne oder Personen-Gruppen auf UN-Ebene Beschwerde einlegen können, wenn sie ihre Rechte aus dem Sozialpakt verletzt sehen.“

BAYER führt WEMA weiter

Im Jahr 2008 hatte die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO mit Geldern der „Bill & Melinda Gates Foundation“ und der US-amerikanischen Entwicklungshilfe-Agentur USAID – insgesamt rund 80 Millionen Dollar – das Projekt „Water efficient Maize for Africa“ (WEMA) initiiert. Als Kooperationspartner nahmen Südafrika, Kenia, Mosambik, Tansania und Uganda teil. Die Forscher*innen des US-amerikanischen Agro-Riesen setzten sich daran, diese Länder mit einem per Gentechnik entwickelten dürre-resistenten Mais zu beglücken. Als Basis dafür diente ein Kälteschock-Protein, das die Zellen der Pflanze bei Trockenheit schützt. Erste Praxis-Tests mit der Ackerfrucht MON87460 verliefen allerdings wenig erfolgversprechend. Nach den Daten, die das AFRICAN CENTER FOR BIODIVERSITY (ACB) auswertete, erhöhte das Kälte-Gen die Widerständigkeit des Mais' bei einer mittelschweren Dürre im Vergleich zu konventionell gezüchteten Arten lediglich um sechs Prozent; bei extremer Dürre ergaben sich keinerlei Vorteile in Sachen „Climate smartness“. Das ACB kritisierte zudem, dass MONSANTO die WEMA-Staaten in einer Parallelaktion mit dem Gen-Mais MON810 heimsuchen wollte. Überdies könnte es sich dem Center zufolge als fatal erweisen, dem Agro-Riesen im Rahmen des Vorhabens Zugang zu afrikanischen Saatgut-Zentren mit ihren wertvollen traditionellen Sorten gewährt zu haben. Trotz alledem hält BAYER an „Water efficient Maize for Africa“ fest. „Die Finanzierung durch die Gates Foundation wurde zugesagt, um das Projekt bis Anfang 2023 durchzuführen, und wir haben uns verpflichtet, unser Engagement bei der Unterstützung des Projekts fortzusetzen“, erklärte der Leverkusener Multi gegenüber INKOTA und MISEREOR.

POLITIK & EINFLUSS

BAYER setzt Macri unter Druck

Das argentinische Saatgut-Gesetz von 1973 erlaubt Landwirt*innen eine freie Verwendung ihrer Saaten. Das stört die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO schon lange, zumal sie in dem Land keine Patente auf ihre Gen-Pflanzen besitzt. Deshalb sann die Regierung unter Präsident Mauricio Macri auf Abhilfe, was sofort zu Protesten führte. „Dies ist nicht der erste Versuch, das argentinische Gesetz gemäß der Vorschläge der Konzerne zu ändern, und es ist Teil einer globalen Offensive, die das Ziel verfolgt, das Saatgut, das die Grundlage aller Nahrungsmittel-Ketten ist, unter die Kontrolle der Unternehmen zu stellen“, heißt es in einem Aufruf gegen das „BAYER-MONSANTO-Gesetz“. VIA CAMPESINA, GRAIN, HAPITAR ARGENTINA und die 65 weiteren Organisationen, die das Dokument unterzeichnet haben, sprechen dem Vorhaben grundsätzlich die Legitimität ab, „[d]enn Samen, die die Menschheit heute ernähren und die die großen Firmen kommerzialisieren, sind das Ergebnis einer kollektiven Arbeit der Menschen seit mehr als zehntausend Jahren.“ Zudem warfen die Initiativen Macri und seinen Koalitionspartnern vor, das „Ley

BAYER-MONSANTO“ unter Umgehung demokratischer Prinzipien hinter verschlossenen Türen gemeinsam mit den Agro-Riesen entworfen zu haben. Vorerst hatten die Aktivist*innen Erfolg. Am 21. November 2018 kam in den Parlamentsausschüssen keine Einigung über den Umgang mit dem Paragrafen-Werk zustande. Aber es steht auf Wiedervorlage: Die Konzerne drängen die Regierung, noch vor der im Oktober anstehenden Wahl einen erneuten Anlauf zu starten, weil da der Sieg weniger kapital-freundlicher Kandidat*innen droht. So zitiert denn die von MISEREOR und INKOTA herausgegebenen Broschüre „Advancing together?“ den Geschäftsführer von BAYERs argentinischer Niederlassung, Christophe Dumont, mit den Worten: „Die derzeitige Rechtslage ist weder an die moderne Welt noch an den Fortschritt der Biotechnologie angepasst (...) Wir brauchen so schnell wie möglich einen Rechtsrahmen, der es den Unternehmen ermöglicht, eine Investitionsrendite zu erzielen.“

Lateinamerika-Konferenz in Berlin

Die Bundesregierung unternimmt verstärkte Anstrengungen, ihren Einfluss auf dem südamerikanischen Kontinent zu verstärken und BAYER & Co. so zu einem besseren Markt-Umfeld zu verhelfen. So drängten Merkel & Co. auf einen schnellen Abschluss der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen der EU mit den MERCOSUR-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay (s. u.). Die Große Koalition startete aber auch eigene Initiativen. Am 28. Mai 2019 lud Außenminister Heiko Maas zu einer Lateinamerika/Karibik-Konferenz ein. Über 20 Amtskolleg*innen nahmen an der Veranstaltung teil. Zu den Programm-Punkten gehörte unter anderem die Präsentation einer Studie der Unternehmensberatung MCKINSEY über die Geschäftsaussichten bundesdeutscher Unternehmen auf diesem Erdteil. Im Agro-Bereich lockt eine ertragreiche Zukunft, konstatierte die Untersuchung: BAYER und BASF kommen jetzt schon auf beträchtliche Markt-Anteile und können dank ihrer Wettbewerbsvorteile auch weiterhin üppigen Gewinnen entgegensehen. Über die dunklen Seiten des Landwirtschaftssektors in den lateinamerikanischen Ländern und die Verantwortung von BAYER & Co. für die Missstände fand sich in dem Report naturgemäß nichts. Diese brachte jedoch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zur Sprache. „Deutsche Unternehmen wie BAYER und BASF treiben in Lateinamerika rücksichtslos das agro-industrielle Modell mit seinen Pestiziden, Gentech-Pflanzen und Monokulturen voran. Noch dazu bedienen sie sich dabei einer Politik der doppelten Standards. Viele Chemikalien, die auf unseren Feldern landen, dürfen in Europa wegen ihrer Giftigkeit gar nicht mehr vermarktet werden. Solche Themen müsste Heiko Maas in Berlin auf die Agenda setzen“, kritisierte etwa CBG-Kooperationspartner Alan Tygel von der brasilianischen PERMANENTEN KAMPAGNE GEGEN AGRARGIFTE UND FÜR DAS LEBEN in der Presseerklärung der Coordination.

MERCOSUR-Verhandlungen abgeschlossen

Öffentlichkeitswirksam gaben die EU und die MERCOSUR-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay auf dem G20-Treffen, das Ende Juni 2019 im japanischen Osaka stattfand, den Abschluss ihrer Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen bekannt. Die Vereinbarungen sehen vor, dass die südamerikanischen Nationen Zoll-Senkungen für europäische Industrie-

Produkte gewähren und im Gegenzug einen erleichterten Zugang zum EU-Markt für ihre Agrar-Güter erhalten. Brüssel erwartet bei den Sätzen, die bisher für Autos 35 Prozent des Warenwerts, für Chemikalien bis zu 18 Prozent und für Pharmazeutika bis zu 14 Prozent betragen, eine Reduktion im Umfang von rund vier Milliarden Euro. Umgekehrt rechnet der EU-Forschungsdienst durch die dem MERCOSUR gewährten Einfuhr-Erleichterungen mit einer Steigerung von dessen Anteilen an den Lebensmittel-Importen der Europäischen Union von derzeit 17 auf 25 Prozent bis zum Jahr 2025. BAYER profitiert von beidem. Einerseits haben chemische Erzeugnisse einen großen Anteil an den Exporten in die MERCOSUR-Mitgliedsländer – sie kommen auf 26 Prozent, mit 42 Prozent erreichen nur Maschinen und Transportmittel mehr – und andererseits ist ein höherer Pestizid-Absatz zu erwarten, wenn die brasilianische und argentinische Agrar-Industrie besseren Geschäften auf dem alten Kontinent entgegenseht. Da diese dafür ihre Anbau-Gebiete ausweiten muss, werden sich dann die Soja-Plantagen noch weiter in den für das Klima so wichtigen Regenwald hineinfressen und damit auch die Lebensgrundlage der indigenen Völker noch stärker gefährden. Europas Tierställen hingegen droht noch mehr mit Glyphosat-Rückständen behaftetes Futter, wie Kritiker*innen des Vertrags zu Bedenken geben. Zu den Gegner*innen der Übereinkunft gehören dem Web-Portal *amerika21* zufolge auch die lateinamerikanischen Gewerkschaften. In einer gemeinsamen Erklärung warnten Beschäftigten-Vertreter*innen nicht nur aus den MERCOSUR-Ländern, sondern auch aus Chile und Bolivien „vor den katastrophalen Auswirkungen“ des Deals. Nach Ansicht der Gewerkschaftler*innen verstärkt er die bestehenden Ungleichgewichte im Handel zwischen Lateinamerika und Europa, weil er die Rolle der Staaten des Kontinents als Lieferanten billiger Rohstoffe ohne großen Wertschöpfungsanteil verfestigt und die wegfallenden Handelsbarrieren für veredelte Güter aus Europa es den MERCOSUR-Industrien noch schwerer machen, die Rückstände aufzuholen. Aber endgültig besiegelt ist bisher nichts. In Osaka haben einstweilen nur die Unterhändler*innen die Arbeit beendet. Damit das Vertragswerk in Kraft treten kann, müssen noch das EU-Parlament und die Volksvertretungen in Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay zustimmen.

BAYER lobt EU/Vietnam-Abkommen

Ende Juni 2019 haben die Europäische Union und Vietnam ein Freihandelsabkommen unterzeichnet. Das „EU-Vietnam Free Trade Agreement“ (EVFTA) enthält unter anderem Vereinbarungen zu Zoll-Befreiungen für zwei Drittel aller zwischen der EU und der südostasiatischen Nation gehandelten Waren. Auch sicherte Hanoi vertraglich zu, die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO anzuerkennen. Ob dies jedoch etwa das Los der vielen Beschäftigten, die in der Textil-Wirtschaft für H&M und andere Bekleidungsmultis arbeiten, wesentlich verbessern wird, bleibt abzuwarten. BAYER begrüßte den Deal selbstverständlich. „Das kraftvolle Bekenntnis der Übereinkunft zu einem offenen, fairen und regel-basierten Handel wird Vietnam weitere Export-Märkte erschließen“, frohlockt der Leverkusener Multi und verspricht mehr Jobs, mehr Steuer-Einnahmen und mehr Technologie-Transfer. Allerdings erwartet der Agro-Riese, der in dem Land hauptsächlich Pestizide und Reis-Saatgut absetzt, auch etwas

von den Politiker*innen des Staates. „Private Unternehmen wie BAYER sehen nach der EVFTA-Unterzeichnung jetzt weiteren institutionellen und politischen Reformen entgegen, die das Geschäfts- und Investitionsklima noch weiter verbessern könnten“, heißt es in dem Statement des Unternehmens zu dem Vertrag.

NAP-Diskussion mit BAYER

Bei der Ausgestaltung des Nationalen Aktionsplans (NAP) zur „Einhaltung von Menschenrechten in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten“ (siehe ERSTE & DRITTE WELT) redet der BAYER-Konzern ein Wörtchen mit, was er in seinem jüngsten Geschäftsbericht allerdings ein wenig anders ausdrückt. „Wir tauschen uns mit anderen Stakeholdern zum Thema Menschenrechte aus“, heißt es dort. So nahm Jens Plambeck für den Leverkusener Multi im Mai 2019 an einer vom „Bundesministerium für Arbeit und Soziales“ (BMAS) initiierten Fachveranstaltung „zur Anpassung von Einkaufsverträgen und -prozessen“ teil. „Die Dialoge sollen Unternehmen in Branchen mit besonderen menschenrechtlichen Herausforderungen bei der Umsetzung der NAP-Anforderungen zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht unterstützen“, erklärt das Ministerium zum Sinn der Übung. Plambeck und seine Kolleg*innen von VW, NEUMANN KAFFEE, IKEA, KIK und anderem Unternehmen hielten in Berlin Impuls-Vorträge über ihre bisherigen Erfahrungen. „Auch hier zeigte sich, dass die Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht im Einkauf ein individueller, fortlaufender und langfristiger Prozess ist. Dabei sei es wichtig, wie immer wieder zu hören, Prioritäten zu setzen und ‚einfach anzufangen, anstatt gleich alles perfekt zu machen‘“, fasst das BMAS den Input der Unternehmensvertreter*innen zusammen.

VCI gegen CO₂-Bepreisung

„Was in der Debatte manchmal zu kurz kommt: In der Energie-Wirtschaft und Industrie gelingt der Klimaschutz bereits“, meint der „Verband der Chemischen Industrie“ konstatieren zu können. Darum hält er weitere Maßnahmen für unnötig. Vehement spricht die Lobby-Organisation sich gegen den derzeit diskutierten Vorschlag aus, in Deutschland für den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids eine Steuer zu erheben. Seiner Ansicht nach „sind globale Systeme regionalen oder gar nationalen vorzuziehen“, da letztere die Wettbewerbsbedingungen der hiesigen Industrie schwächen“. Auf solche internationalen Lösungen verweisen BAYER & Co. seit Jahr und Tag, wohl wissend, dass solche in weiter Ferne liegen. Dabei wären zusätzliche Instrumente bitter nötig. Die Bundesrepublik verfehlt nämlich ihr selbstgestecktes Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent bezogen auf das

Jahr 1990 zu senken, wozu die Chemie-Multis nicht wenig beigetragen haben. So reduzierten sich BAYERS Kohlendioxid-Emissionen in den letzten Jahren kaum, und durch den MONSANTO-Einkauf legten sie sogar noch einmal gehörig zu (siehe WASSER, BODEN & LUFT)

BAYER blockt bei REACH

Im Juli 2007 trat REACH, die Chemikalien-Richtlinie der Europäischen Union, in Kraft, die den Unternehmen vorschreibt, Angaben zur Gefährlichkeit ihrer Substanzen zu machen. Dementsprechend brachten BAYER & Co. dem Vorhaben starken Widerstand entgegen, was nicht ohne Erfolg blieb. Dank ihrer zähen Lobby-Arbeit musste die Branche nur noch 30.000 Chemikalien auf ihre gesundheitsschädliche Wirkung hin untersuchen. Für chemische Altlasten reichte es überdies, einen einfachen Grunddatensatz vorzulegen. Bis Ende 2018 hatten die Chemie-Produzenten dafür Zeit. Aber mit den elf Jahren kamen sie nicht aus. Deshalb kann die Europäische Chemikalien-Agentur ECHA die Registrierungsphase immer noch nicht beenden und zum eigentlich Wichtigen übergehen: der Bewertung der Stoffe. In fast drei Viertel aller Fälle übermittelten die Firmen nur unvollständige Informationen zu ihren Produkten; gerade bei den risiko-reichsten Chemikalien taten sich die größten Lücken auf, weshalb die ECHA immer wieder nachfassen musste. Neben BASF, DOW, KIK und INEOS zählt auch BAYER zu den Konzernen, die inkomplette Angaben machten, wie Recherchen des BUND ergaben. Der Umweltverband verurteilte das scharf. „Unternehmen sind nach REACH gesetzlich verpflichtet nachzuweisen, dass ihre Stoffe keine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen“, so der BUND-Aktivist Manuel Fernández. Um den Herstellern Druck zu machen, ihrer Verantwortung nachzukommen, fordert er die ECHA auf, die Namen der Melde-Sünder zu veröffentlichen. Der „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI) reagierte schließlich auf die – nicht nur vom BUND – geübte Kritik, weil er gesetzliche Maßnahmen fürchtete, und gelobte Besserung: „Die chemisch-pharmazeutische Industrie will die Qualität der Registrierungs dossiers für Chemikalien verbessern, die im Rahmen der europäischen REACH-Verordnung erarbeitet wurden.“

ATTAC-Urteil mit Geschmäckle

Im Februar 2019 erkannte der Bundesfinanzhof (BFH) ATTAC die Gemeinnützigkeit ab. Und so ganz unabhängig scheint die Justiz dabei nicht agiert zu haben, kennen sich doch Rolf Möhlenbrock, der für das klagende Finanzministerium die Stellungnahme schrieb, und BFH-Präsident Rudolf Mellinghoff gut. Sie leisten gemeinsam Vorstandsarbeit beim „Institut Finanzen und Steuern“ – „ein (übrigens gemeinnütziger) Verein, der eine klare Agenda verfolgt, nämlich die Senkung von Steuern“, wie die taz schreibt. Bei diesem Bemühen, das den ATTAC-Zielen diametral entgegensteht, helfen den beiden dann noch Vertreter*innen des „Bundesverbandes der Industrie“ und des „Verbandes der Chemischen Industrie“, der nicht zuletzt BAYERS Interessen vertritt. Zwar hat Mellinghoff an dem Prozess nicht selber mitgewirkt, aber er hat die ATTAC-Entscheidung immerhin kommentiert und vor der Presse bekannt gegeben. Deshalb konstatiert die ATTAClerin Stephanie Handtmann: „Das riecht nach Vettern-Wirtschaft“ und nennt den Richter*innen-Spruch ein „politisch motiviertes Urteil“.



PROPAGANDA & MEDIEN

Glyphosat-Gate

Seit Jahren haben die PR-Agenturen FLEISHMAN HILLARD und PUBLICITIS für die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO Einfluss-Arbeit geleistet. Ein Hauptaugenmerk galt dabei dem Ziel, dem umstrittenen Herbizid Glyphosat Ende 2017 zu einer Verlängerung der EU-Zulassung zu verhelfen. Um ein positives Votum zu erreichen, gingen die Werbe-Strateg*innen systematisch vor. So legte FLEISHMAN HILLARD im Zuge des Glyphosat-Genehmigungsverfahrens eine Liste mit 74 Namen an und ordnete die Personen in Kategorien wie „Verbündeter“, „möglicher Verbündeter“, „zu erziehen“ oder „im Auge behalten“ ein. Die ehemalige französische Umweltministerin Ségolène Royal bekam dabei beispielsweise das Etikett „überhaupt nicht beeinflussbar“ verpasst. Wer dagegen als beeinflussbar galt, der erhielt „Argumentationshilfen“ oder vorfabrizierte Twitter-Meldungen zu dem umstrittenen Herbizid. Auch vor Ort bei der EU entfaltete FLEISHMAN HILLARD Aktivitäten. Im Brüsseler Büro leisten für das Unternehmen nämlich rund 60 Lobbyist*innen Einfluss-Arbeit. Da das französische Gesetz es untersagt, Datenbanken mit politischen Meinungen von Menschen zu füttern, ohne deren Zustimmung erhalten zu haben, hat unter anderen die Zeitung *Le Monde* Strafanzeige gestellt. Der Leverkusener Multi distanziert sich von den Praktiken MONSANTOs. „Dies ist nicht die Art, wie BAYER den Dialog mit unterschiedlichen Interessengruppen und der Gesellschaft suchen würde“, bekundete der Konzern. Dabei sind ihm die angewandten Methoden alles andere als fremd. Der Agro-Riese unterhält nicht nur selber langjährige Geschäftsbeziehungen zu FLEISHMAN HILLARD, er geht auch mit Kritiker*innen ähnlich um. Von Bespitzelung über Verleumdung bis hin zu gerichtlichen Schritten reicht das Arsenal (siehe auch *SWB* 2/14 und *SWB* 3/19).

BAYER startet PR-Kampagne

Mit der MONSANTO-Übernahme hat der BAYER-Konzern seinem ohnehin nie guten Ruf noch mehr Schaden zugefügt. Darum startete der Leverkusener Multi Mitte Juni 2019 eine groß angelegte PR-Kampagne. Er gab in der *New York Times*, der *Washington Post*, der *Faz*, im *Handelsblatt* und in anderen Zeitungen eine ganzseitige Anzeige auf, die „Wir haben zugehört. Und verstanden“ überschrieben ist und eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht stellt. Der Agro-Riese verspricht etwa mehr Anstrengungen in Sachen „Transparenz“, „Nachhaltigkeit“, „Umweltschutz“ und „einheitliche Sicherheitsstandards von Pestiziden“ zu unternehmen. So will er „in Entwicklungsländern einen neuen Maßstab für Konsistenz in der Produktsicherheit setzen“ und ließ wissen: „Wir werden dort nur noch Pflanzenschutz-Produkte auf den Markt bringen, wenn diese auch den Sicherheitsstandards einer Mehrheit der führenden Zulassungsbehörden entsprechen.“ Das hört sich zwar zunächst einmal ganz gut an, bedeutet aber keine grundsätzliche Abkehr von der Politik der doppelten Standards. Der Verzicht darauf, sich in Fragen des Agrochemie-Vertriebs einfach an den Entscheidungen der EU-Genehmigungsbehörden zu orientieren, nährt nämlich den Verdacht, BAYER spekuliere auf die laxere Praxis der entsprechenden Einrichtungen in Argentinien oder Brasilien, die z. B. Ackergift-Grenzwerte manchmal um den Faktor 1.000 niedriger ansetzen als Brüssel. Zudem sieht der

Agro-Riese keinen konkreten Handlungsbedarf, obwohl er etwa in Brasilien aktuell zwölf Pestizide vertreibt, die in der EU wegen ihrer Gefahren für Mensch und Umwelt nicht (mehr) zugelassen sind. Damit nicht genug, bekennt der Global Player sich weiterhin zu dem umstrittenen Herbizid Glyphosat. Kritiker*innen des Pestizids vertröstet er auf den Sankt-Nimmerleinstag: Der Konzern kündigte an, in den nächsten zehn Jahren fünf Milliarden Euro in die Suche nach Glyphosat-Alternativen zu investieren. Allerdings handelt es sich dabei nicht um zusätzliches Geld, die Summe ist Bestandteil des existierenden Etats für Forschung und Entwicklung. „In der Ankündigung findet sich nichts Belastbares, das auf einen wirklichen Wandel hindeutet“, konstatierte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN deshalb in ihrer Presseerklärung zur PR-Kampagne.

DRUGS & PILLS

AHA ändert ASPIRIN-Richtlinien

Bei Menschen, die schon einmal einen Herzinfarkt erlitten haben, entfaltet BAYERs ASPIRIN eine prophylaktische Wirkung. Studien zufolge senkt das Medikament mit dem Wirkstoff Acetylsalicylsäure das Risiko für eine nochmaligen Attacke um 13 Prozent. Der Leverkusener Multi gibt sich damit jedoch nicht zufrieden. Er dient das Mittel auch Gesunden zum Schutz vor Herz/Kreislauf-Erkrankungen an. Davor allerdings warnen Mediziner*innen eindringlich, weil für diese ASPIRIN-Konsument*innen die Gefahr steigt, eine Hirnblutung zu erleiden. Nachdem eine Studie des „American College of Cardiology“ (ACC) zu diesem Resultat gekommen war, änderte die „American Heart Association“ (AHA) ihre Richtlinien. Sie empfiehlt das Medikament nicht länger generell zur Vorbeugung vor Herzinfarkten. Eine neue Untersuchung des taiwanesischen Wissenschaftlers Dr. Meng Lee und seines Teams bestätigte den Befund des ACC nun noch einmal. Meng zufolge erhöht BAYERs Tausendsassa die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten einer Hirnblutung um 37 Prozent.

Rote-Hand-Brief zu Fluorchinolonen

Antibiotika mit Wirkstoffen aus der Gruppe der Fluorchinolone wie BAYERs CIPROBAY haben viele schwerwiegende Nebenwirkungen (siehe auch *SWB* 3/18). Besonders häufig kommen Lädierungen von Muskeln und Sehnen vor. Darum hatte das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) bei der Europäischen Arzneimittel-Behörde ein Risiko-Bewertungsverfahren für Fluorchinolone angestoßen. Das Resultat veranlasste das BfArM nun dazu, Anwendungsbeschränkungen zu erlassen. Darüber informierte es die Mediziner*innen in einem so genannten Rote-Hand-Brief. So dürfen die Ärzt*innen CIPROBAY & Co. künftig bei leichten bis mittelschweren Infektionen sowie bei solchen, die nicht durch Bakterien ausgelöst werden, nicht mehr verordnen. „Die ärztliche Entscheidung, Fluorchinolone zu verschreiben, sollte für die verbleibenden Anwendungsgebiete nur nach einer sorgfältigen Nutzen-Risiko-Bewertung im Einzelfall getroffen werden. Mit dem Rote-Hand-Brief soll erreicht werden, dass die Risiken und Anwendungsbeschränkungen in der ärztlichen Verordnungspraxis lückenlos beachtet werden“, redete

das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ den Doktor*innen ins Gewissen.

NEXAVAR löst Haut-Krankheit aus

BAYERs Medikament NEXAVAR mit dem Wirkstoff Sorafenib, das zur Behandlung von „fortgeschrittenem Nierenkrebs“ und „fortgeschrittenem Leberkrebs“ zugelassen ist, kann die Haut-Krankheit AGEP auslösen. Die **akute generalisierte exanthematische Pustulose** geht mit pustelartigen Ausschlägen, Gesichtsschwellungen, Fieber und Blutbild-Veränderungen einher. Das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) hat wegen dieses bisher unbekanntes Arznei-Effekts ein Signalverfahren eingeleitet und behält sich weitere Reaktionen wie etwa einen Rote-Hand-Brief (s. o.) vor. Auch wegen Nebenwirkungen wie Aorten-Aneurysmen und Aorten-Dissektionen – krankhaften Ausweitungen der Hauptschlagader verbunden mit der lebensbedrohlichen Gefahr eines Risses – steht NEXAVAR zurzeit unter Beobachtung des BfArM.

VALETTE: Erhöhtes Thromboembolie-Risiko

Frauen, die Verhütungsmittel mit den Wirkstoffen Dienogest und Ethinylestradiol einnehmen wie sie in den von der BAYER-Tochter JENAPHARM vermarkteten Produkten VALETTE und MAXIM enthalten sind, setzen sich einem erhöhten Thromboembolie-Risiko aus. Um den Faktor 1,6 steigt die Wahrscheinlichkeit. JENAPHARM musste deshalb die Packungsbeilagen um den entsprechenden Warnhinweis ergänzen und die Mediziner*innen in einem Rote-Hand-Brief über diese Nebenwirkung informieren.

XARELTO-Studie abgebrochen

Bei Patient*innen, die schon einmal eine Thrombose erlitten haben und an der Autoimmun-Krankheit APS leiden, empfiehlt sich die Behandlung mit BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO (Wirksubstanz: Rivaroxaban) nicht. In der Studie, die Vittorio Pengo mit seinem Team durchführte, zeigte das Mittel sich dem Marcumar-Inhaltsstoff Warfarin unterlegen. Da es in der Rivaroxaban Gruppe zu gravierenden Zwischenfällen wie Schlaganfällen und Herzinfarkten kam, mussten die Wissenschaftler*innen die Untersuchung sogar vorzeitig abbrechen. Das rief das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) auf den Plan. Es forderte den Leverkusener Multi und die anderen Hersteller von NOAKs (Neue orale Antikoagulantien) dazu auf, die Risiko-Gruppe auf den Packungsbeilagen vor der Einnahme der Mittel zu warnen und die Ärzt*innen in einem „Rote-Hand-Brief“ über die neuen Forschungsergebnisse zu informieren. Bereits 2018 mussten Mediziner*innen eine XARELTO-Studie vorzeitig beenden. Der Einsatz des Präparats bei Menschen, die gerade eine künstliche Herzklappe bekommen hatten, erwies sich nämlich als hochproblematisch. 6,8 Prozent der Proband*innen, die XARELTO einnahmen, starben durch Thrombo-Embolien oder Blutungen. In der Kontrollgruppe lag die Zahl nur bei 3,3 Prozent (*Ticker* 1/19).

Der Radiologe warnt vor Gadolinium

BAYERs Röntgen-Kontrastmittel haben es in sich. Bei ihren Inhaltsstoffen handelt es sich nämlich um Abkömmlinge des Schwermetalls Gadolinium. GADOVIST enthält Gadobutrol, PRIMOVIST Gadoxet-Säure und MAGNEVIST Gadopentent-Säure.

Diese Substanzen können bei Nierenkranken eine Fibrose auslösen, ein unkontrolliertes Wachstum des Bindegewebes. Deshalb hat die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA diejenige Darreichungsform von MAGNEVIST, bei welcher der Wirkstoff in einer leichter auflösbaren Form vorliegt, schon aus dem Verkehr gezogen. Aber die Präparate haben auch noch andere Risiken und Nebenwirkungen wie etwa Herzrhythmus-Störungen, Muskel-Zuckungen, Blutdruck-Schwankungen und Leberschäden. Damit konfrontierte Georg Wehr den BAYER-Vorstand im Jahr 2018 auf der Hauptversammlung. „Auch wenn man es mir auf den ersten Blick nicht ansehen mag, so stehe ich heute als schwerkranker junger Mann vor Ihnen“, bekundete er dort. Im Juni 2019 warnte nun auch die Fachzeitschrift *Der Radiologe* vor GADOVIST & Co. Sie widmete ihr Editorial den Präparaten und mahnte die Mediziner*innen, die Stoffe nur zu verwenden, „wenn man sie braucht, wirklich braucht“. Die Tiermedizinerin Susanne Wagner, die lange in der Kontrastmittel-Forschung gearbeitet hat, wird sogar noch deutlicher: „Gadolinium ist nicht weniger giftig als Blei oder Quecksilber.“ BAYER aber will von all dem nichts wissen. „Bis heute wurde kein kausaler Zusammenhang zwischen den beschriebenen Symptomen und der Gabe von gadolinium-haltigen Kontrastmitteln bewiesen“, teilte der Konzern dem Magazin *Der Spiegel* auf Anfrage mit.

Viele Liefer-Engpässe

Big Pharma unterwirft seine Produktion immer strengeren Profit-Kriterien. So stellt BAYER viele Wirkstoffe gar nicht mehr selber her, sondern gliedert die Fertigung aus, gerne auch in „Entwicklungsländer“ (zu den Folgen siehe AKTION & KRITIK). Weil oft genug nur noch wenige Unternehmen die Herstellung einer weltweit nachgefragten Substanz verantworten, kommt es immer häufiger zu Liefer-Engpässen. Nach Angaben des „Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizin-Produkte“ (BfArM) betraf das im Jahr 2018 schon 264 Medikamente (Impfstoffe nicht mitgezählt). Auch zahlreiche Pharmazetika des Leverkusener Multis erreichten die Apotheken zeitweilig gar nicht mehr oder nicht in ausreichendem Maße. Dazu zählten das Herz/Kreislauf-Pharmazeutikum ADALAT, der Blutdruck-Senker BAYOTENSIN, das Kontrastmittel ULTRAVIST und das unter anderem bei der Akut-Behandlung von Herzinfarkten zum Einsatz kommende ASPIRIN i. v. 500mg. Bei letzterem führt der Leverkusener Multi als Grund für die mangelnde Verfügbarkeit den „nicht vorhersehbaren Ausfall mehrerer Produktionsaufträge“ an.

GLYPHOSAT & Co.

Neue Studie warnt vor SIVANTO

BAYER hat als Alternative zu den wegen ihrer Bienengefährlichkeit von der EU mit einem Verbot belegten Pestiziden GAUCHO (Wirkstoff: Imidacloprid) und PONCHO (Clothianidin) das Produkt SIVANTO entwickelt. Dessen Inhaltsstoff Flupyradifuron gehört zwar nicht wie Imidacloprid und Clothianidin zur Gruppe der Neonicotinoide, er ähnelt diesen Substanzen jedoch in seiner Funktionsweise. Wie diese Chemikalien wirkt Flupyradifuron systemisch, also gleich gegen eine Vielzahl von Schadinsekten.

Und wie diese Neonicotinoide blockiert das zu den Butenoliden zählende Mittel bei den Tieren die Reiz-Weiterleitung an den Nervenbahnen. Deshalb bestehen massive Zweifel daran, ob das vom Leverkusener Multi bereits in rund 30 Ländern zum Verkauf angebotene SIVANTO wirklich so „bienenfreundlich“ ist, wie er behauptet. So hält etwa Michele Colopy von der Organisation POLLINATOR STEWARDSHIP COUNCIL fest: „Die Forschungsergebnisse weisen vielleicht auf keine akute toxische Wirkung bei der ersten Anwendung hin, aber Zweit- und Drittanwendung zeigen eindeutige Effekte auf die Bienensterblichkeit, das Verhalten, die Brut-Entwicklung sowie Pollen und Nektar.“ Zu ähnlichen Ergebnissen kam vor einiger Zeit die Universität Würzburg. Und jetzt bestätigten auch Forscher*innen von der „University of California/San Diego“ den Befund. Vor allem, wenn die Landwirt*innen SIVANTO in Kombination mit einem Fungizid verwenden, kann es Bienen schaden, fanden die Wissenschaftler*innen heraus.

Dramatisches Artensterben

Der Artenschwund nimmt immer größere Ausmaße an. Zu diesem Befund kommt ein neuer Bericht des Weltbiodiversitätsrats (IPBES), an dem 145 Wissenschaftler*innen mitgearbeitet haben. So stehen in den kommenden Jahrzehnten eine Million der insgesamt acht bis zehn Millionen Tier- und Pflanzenarten, die es auf der Erde gibt, vor dem Ende. Im Vergleich zu früheren Epochen verläuft der Prozess des Aussterbens einzelner Gattungen um bis zu 100 Mal schneller. „Die Verluste von Öko-Systemen und Arten schaffen eine direkte Bedrohung des Wohlergehens der Menschheit in allen Regionen der Welt“, sagt der an dem Report beteiligte Autor Josef Settele vom „Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung“ und hält fest: „Es kann keiner mehr sagen: Wir haben es nicht gewusst.“ Als einen Hauptgrund für die gravierende Abnahme der Biodiversität führt der Report den massiven Pestizid-Gebrauch an. Unter anderem sorgt dieser für einen Verlust von Bestäuber-Insekten, was zu großen Ernte-Ausfällen führt. Den Fehlbetrag für die Landwirt*innen bezifferte der IPBES auf 235 bis 577 Milliarden Dollar jährlich.

GENE & KLONE

Kein Gen-Mais in Südafrika

BAYERS Gen-Mais MON 87460 x MON 89034 x N 603 weist gleich drei gentechnische Veränderungen auf. Er ist nicht nur immun gegenüber Glyphosat, sondern auch noch mit dem Schmetterlingsraupen abtötenden Bacillus thuringiensis und dem Bacillus subtilis bestückt, der die Pflanze dürre-resistent machen soll. Südafrika darf die Laborfrucht aber vorerst nicht heimsuchen, obwohl diese dem Projekt WEMA (**W**ater **e**fficient **M**aize for **A**f-**r**ica) entstammt, das die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO in Tateinheit mit der „Bill & Melinda Gates Foundation“ und der US-amerikanischen Entwicklungshilfe-Agentur USAID initiiert hatte (siehe ERSTE & DRITTE WELT). Die zuständige Behörde lehnte den entsprechenden Zulassungsantrag nämlich im Oktober 2018 ab. In den eingereichten Unterlagen fand das Executive Council (EC) keine ausreichenden Belege für die vom Agro-Riesen reklamierte besondere Widerständigkeit gegenüber Trockenheit und

Insekten-Fraß. Überhaupt genügte das Daten-Material dem EC zufolge oftmals den wissenschaftlichen Ansprüchen nicht. Damit nicht genug, zeigte der Mais sich in einigen Tests auch noch als nicht so ertragreich wie konventionelle Sorten. Das AFRICAN CENTER FOR BIODIVERSITY (ACB) feierte die Entscheidung als Erfolg seiner Kampagne. Eine Petition gegen das Gen-Konstrukt des Leverkusener Multis hatten 25.000 Personen aus aller Welt unterzeichnet.

Tansania stoppt WEMA-Projekt

Tansania hat alle Gentech-Feldversuche gestoppt, die im Rahmen des – von der jetzigen BAYER-Tochter MONSANTO in Tateinheit mit der „Bill & Melinda Gates Foundation“ und der US-amerikanischen Entwicklungshilfe-Agentur USAID initiierten – Projekts WEMA (**W**ater **e**fficient **M**aize for **A**f-**r**ica) stattfanden (siehe auch ERSTE & DRITTE WELT). Landwirtschaftsminister Mathew Mtigumwe entschloss sich zu diesem Schritt, weil das für die Tests zuständige „Tanzania Agriculture Research Institute“ (TARI) Personen wie dem bekannten Gentech-Lobbyisten Mark Lynas unautorisiert Zugang zu den Ackerflächen verschafft hatte, um ihnen Futter für ihre PR-Kampagne zu liefern. WEMA kam nämlich nicht ohne publizistischen Geleitschutz ins Land. Gleichzeitig mit der Risiko-Technologie erhielten Propaganda-Aktionen Einzug, die unter anderem eine Aufweichung der Regulierungsbestimmungen forderten.

WASSER, BODEN & LUFT

CO₂-Emissionen: plus 50,1 Prozent

BAYER bezahlt den MONSANTO-Deal nicht nur mit Schadenersatz-Forderungen in dreistelliger Millionen-Höhe wg. Glyphosat und der Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen. Darüber hinaus beschert der Zukauf dem Leverkusener Multi auch noch eine verheerende Umwelt-Bilanz. So stiegen die CO₂-Emissionen des Konzerns im Geschäftsjahr 2018 um mehr als 50 Prozent von 3,63 Millionen auf 5,45 Millionen Tonnen – und das, obwohl er den Kohlendioxid-Ausstoß seines Neuerwerbs erst ab dem 7. Juni 2018, dem offiziellen Übernahme-Datum, mitzählte. „Mit der Übernahme von MONSANTO hat BAYER neben Standorten für die Saatgut-Produktion auch eine Rohstoff-Gewinnung für die Herstellung von Pflanzenschutzmittel-Vorprodukten übernommen, mit der eine energie-intensive Aufbereitung und Weiterverarbeitung verbunden ist“, heißt es dazu im Geschäftsbericht. In der Energie-



**Mehr als
100.000
Zugriffe
wöchentlich.**

www.CBGnetwork.org

Effizienz, der Kennziffer für das Verhältnis des Strom-Verbrauchs zum Umsatz mit den nicht für den internen Gebrauch bestimmten Gütern, spiegelt sich das ebenfalls wieder. Während der Global Player in den letzten Jahren den relativen Energie-Einsatz zu reduzieren vermochte, kehrte sich die Entwicklung jetzt um. Die Maß-Zahl lag 2016 bei 208,62 Kilowatt-Stunden pro 1.000 Euro außerhäuslichem, also nicht mit Tochter-Gesellschaften erzielten Umsatz und 2017 bei 204,93 – im letzten Jahr hingegen bei sage und schreibe 278. Zudem schafft der Agro-Riese es nicht, von der Kohle runterzukommen. Beim selbst erzeugten Strom – den zugekauften schlüsselt das Unternehmen traditionell nicht näher auf – betrug ihr Anteil am Energie-Mix 24,1 Prozent; mit 59,5 Prozent nimmt Erdgas hier die Spitzen-Position ein. Am meisten legten Flüssigbrennstoffe zu, was auf einen MONSANTO-Effekt schließen lässt. Sie rückten mit 7,9 Prozent an die dritte Stelle vor. Von 230 auf 3.491 Terrajoule steigerte sich ihr Verbrauch.

Mehr ozon-abbauende Substanzen

Im Geschäftsjahr 2018 haben die BAYER-Werke mehr ozon-abbauende Substanzen ausgestoßen. Der Wert für die „Ozone Depleting Substances“ (ODS) stieg von 8,5 auf 9,3 Tonnen.

Mehr flüchtige Substanzen

2018 hat der Leverkusener Multi mehr flüchtige Substanzen emittiert. Von 870 Tonnen auf 1.410 Tonnen erhöhte sich der Wert. BAYER zufolge ist das „im Wesentlichen auf die Einbeziehung der Fahrzeug-Flotte des akquirierten Agrar-Geschäfts zurückzuführen“, das ab dem 7. Juni 2018 – dem offiziellen Datum für die Übernahme MONSANTOs – mit in die Umweltbilanz einfließt.

Mehr Kohlenmonoxid-Emissionen

Der Kohlenmonoxid-Ausstoß von BAYER wuchs 2018 von 610 auf 4.360 Tonnen. Und auch hier sorgte MONSANTOs Fahrzeug-Flotte für den Anstieg.

Höhere Abwasser-Frachten

Im Jahr 2018 hat BAYER mehr Schadstoffe in die Gewässer eingeleitet als 2017. Neben MONSANTO macht der Konzern dafür „genauere Erfassungsmethoden am Standort Kansas City“ und „Produktionsanpassungen am Standort Dormagen“ verantwortlich. Für Phosphor stieg der Wert von 40 auf 180 Tonnen, für Stickstoff von 400 auf 450 Tonnen, für organisch gebundenen Kohlenstoff (TOC) von 390 auf 620 Tonnen und für Schwermetalle von 1,9 auf 3,4 Tonnen. Nur die Emissionen von Anorganischen Salzen sanken. Sie reduzierten sich von 188.000 auf 169.000 Tonnen.

Mehr Staub-Emissionen

BAYERs Staub-Emissionen stiegen 2018 von 60 auf 2.370 Tonnen an – wiederum ein MONSANTO-Effekt. Was schon zu einer Zunahme der CO₂-Emissionen führte, wirbelte auch mehr Staub auf: die Saatgut-Produktion sowie die „Förderung und Aufbereitung von Rohstoffen für Pflanzenschutzmittel-Vorprodukte“. Und das, obwohl der Leverkusener Multi die Werte seines Neuerwerbs erst ab dem 7. Juni 2018 – dem offiziellen Übernahme-Datum – mit in die Umweltbilanz einbezog.

BAYER verbraucht mehr Wasser

Durch die MONSANTO-Aquisition, die ab dem 7. Juni 2018 – dem offiziellen Übernahme-Datum – mit zu Buche schlug, stieg BAYERs Wasserverbrauch 2018 von 98 auf 124 Millionen Kubikmeter.

Weniger Abfall

Im Geschäftsjahr 2018 hat der Leverkusener Multi weniger Abfall erzeugt als 2017. Der Müllberg schrumpfte von 846.000 auf 818.000 Tonnen. Besonders deutlich nahm die Menge des gefährlichen Abfalls ab. Sie reduzierte sich um 64.000 Tonnen auf 421.000 Tonnen, „was hauptsächlich auf den Abschluss der Abriss-Arbeiten am Standort Belford Roxo, Brasilien, zurückzuführen ist“, so BAYER.

ÖKONOMIE & PROFIT

BAYERs bereinigte Bilanz

Nach Einschätzung des Wirtschaftsmagazins *Capital* betreibt BAYER eine besonders kreative Buchführung. Zwar rechnen viele Konzerne aus ihren Bilanzen Wechselkurs-Effekte, Einmal-Aufwendungen oder andere Sonderposten heraus, aber beim Leverkusener Multi darf es noch ein bisschen mehr sein. „Für 2018 buchte das Unternehmen laut Geschäftsbericht aus dem operativen Ergebnis 613 Mio. Euro für Rechtsfälle heraus, 1,3 Mrd. Euro für Restrukturierungen und 2,8 Mrd. Euro für Abschreibungen“, konstatiert die Monatszeitschrift. So kann der Agro-Riese seinen Aktionär*innen dann das stolze Ergebnis von 6,3 Milliarden Euro präsentieren und einen Gewinn pro Aktie von 5,94 Euro – statt 1,80 Euro. „Und genau von dieser bereinigten Kennziffer hängt laut Geschäftsbericht auch der Jahresbonus des Managements ab“, bemerkt *Capital* süffisant. Die Publikation hält dem Global Player zwar zugute, einmalige Einnahmen – etwa durch Verkäufe von Unternehmensteilen – ebenfalls zu eskamotieren, konstatiert unterm Strich aber einen Fehlbetrag von 2,6 Milliarden Euro. Vor allem die Kosten für die Prozesse und Vergleiche hätte der Global Player nach Meinung des Finanz-Analysten Christoph Schlienkamp vom Bankhaus LAMPE einbeziehen müssen: „Ein Konzern hat immer Rechtskosten, das ist kein Einmal-Effekt.“ Und bei BAYER schon gar nicht.

IMPERIUM & WELTMARKT

BAYER dominiert den Agro-Markt

Der BAYER-Konzern nimmt eine beherrschende Rolle auf dem Agrar-Markt ein. Mit weitem Abstand führt er die Liste der umsatzstärksten Unternehmen in diesem Segment an. Auf 14,3 Milliarden Euro kam der Leverkusener Multi im Geschäftsjahr 2018. Auf Platz 2 folgt SYNGENTA/CHEMCHINA mit 8,8 Milliarden vor der BASF mit 6,2 Milliarden, CORTEVA mit 5,5 Milliarden und FMC mit 3,6 Milliarden.

UNFÄLLE & KATASTROPHEN

Fünf Unfälle mit Material-Austritt

Im Geschäftsjahr 2018 verzeichnete BAYER fünf Transport-Unfälle, bei denen die Ladung beschädigt wurde und Salzsäure oder andere Stoffe austraten.

RECHT & UNBILLIG

Österreich verbietet Glyphosat

Das österreichische Parlament hat den Gebrauch von Glyphosat untersagt. „Die wissenschaftlichen Beweise für eine krebserregende Wirkung des Pflanzengifts mehren sich“, sagte Pamela Rendi-Wagner von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) zur Begründung. BAYER kritisierte das Verbot umgehend: „Die Entscheidung des Nationalrats steht in Widerspruch zu umfangreichen wissenschaftlichen Ergebnissen. Die Abgeordneten ignorieren die Einschätzung der zuständigen österreichischen Behörde sowie der Europäischen Union.“ Jetzt setzt der Konzern auf die EU. Er geht davon aus, „dass dieser Beschluss von der Europäischen Union kritisch hinterfragt und rechtlich angefochten wird“. Tatsächlich ist der Glyphosat-Stopp an rechtliche Voraussetzungen gebunden. Entweder müssen die Abgeordneten neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorlegen, die zum Datum der EU-Zulassungsverlängerung Ende 2017 noch nicht bekannt waren oder aber den Nachweis über österreich-spezifische Glyphosat-Probleme erbringen können. Das Bundesland Kärnten scheiterte bei einem entsprechenden Vorstoß an diesen Bedingungen. Der Leverkusener Multi will sich in der Sache trotzdem nicht allein auf Brüssel verlassen: Er erwägt, gegen den Bann gerichtlich vorzugehen. Hierzulande dürften die österreichischen Politiker*innen kaum Nachahmer*innen finden. So äußert Bundeskanzlerin Angela Merkel sich zu dem Thema nur vage: „Wir werden dahin kommen, dass es eines Tages keinen Glyphosat-Einsatz mehr gibt.“ Nähere Informationen zum Ausstiegskonzept kündigte Merkel für den September 2019 an.

BAYER verliert 3. Glyphosat-Prozess

Auch der dritte Prozess in Sachen „Glyphosat“ endete für die BAYER-Tochter MONSANTO in erster Instanz mit einer Niederlage. Die Geschworenen führten die Krebs-Erkrankungen von Alberta und Alva Pilliod auf das Herbizid zurück und verurteilten den Leverkusener Multi zu einer Straf-Zahlung von zwei Milliarden Dollar. Mehr Schadensersatz verlangte die US-Justiz in Produkthaftungsverfahren bisher nur von sieben Unternehmen. Die besondere Schwere der Schuld ergab sich für die Juror*innen dadurch, dass der jetzt zum Leverkusener Multi gehörende Konzern mit allen möglichen Tricks und Finten versucht hat, die Öffentlichkeit über die Risiken und Nebenwirkungen des Pestizids zu täuschen, wie aus den dem Gericht vorliegenden Dokumenten eindeutig hervorging. Der Agro-Riese reagierte den Umständen entsprechend. „BAYER ist von der Entscheidung enttäuscht und wird Rechtsmittel dagegen einlegen“, verlautete aus der Konzern-Zentrale. Und das tat der Global Player dann auch. Er warf dem Verfahren im Ganzen vor, nur eine „abstrakte Verunglimp-

fung von MONSANTO“ im Sinn gehabt zu haben und forderte den Richter Winifred Smith auf, das Urteil aufzuheben. Es gehe auf „aufwieglerische, erfundene und irrelevante Beweise“ zurück, befand die Aktien-Gesellschaft.

2. Glyphosat-Prozess wird billiger

Am 19. März 2019 hatten die Geschworenen des Federal Court von San Francisco Glyphosat die Schuld an der Krebs-Erkrankung des Klägers Edwin Hardeman zugesprochen. Die Jury verurteilte BAYER deshalb einstimmig zu einer Zahlung von 80 Millionen Dollar, wobei der Betrag sich aus dem Schmerzensgeld und den „punitive damages“ – der eigentlichen Strafe – zusammensetzt. Rund 15 Wochen später bekundete der zuständige Richter Vince Chhabria jedoch, die Summe absenken zu wollen: „Nach der Verfassung bin ich verpflichtet, die „punitive damages“ zu reduzieren, und es stellt sich nur die Frage, um wie viel.“ Auch eine Minderung des Schmerzensgeldes erwägt er. Insgesamt könnte sich die Kürzung auf mehr als 30 Millionen Dollar belaufen. Da es sich bei der juristischen Auseinandersetzung um einen Muster-Prozess handelt, hinter dem 760 ähnliche Fälle stehen, stiegen die BAYER-Aktien nach den Presse-Berichten über Chhabrias Vorstoß gleich um bis zu 1,3 Prozent.

BfR verklagt FRAG DEN STAAT

Das „Bundesinstitut für Risiko-Bewertung“ (BfR) lässt nichts unversucht, um Glyphosat am Markt zu halten. Erst stellte es dem umstrittenen Herbizid eine aus Industrie-Unterlagen zusammengeklautete Unbedenklichkeitsbescheinigung aus. Und jetzt geht das BfR auch noch gerichtlich gegen die Veröffentlichung ihrer Expertisen zu dem Mittel vor. So verklagte das Bundesinstitut die Initiative „Frag den Staat“, weil die Organisation unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz ein Gutachten der Behörde angefordert und auf ihrer Website veröffentlicht hatte. „Verletzung des Urheberrechts“ lautet der Vorwurf. Das 6-seitige Dokument, gegen dessen Publikation sich die Behörde sträubt, spielt eine Schlüsselrolle im wissenschaftlichen Streit um Glyphosat. Im Jahr 2015 bewertete die „Internationale Agentur für Krebsforschung“ (IARC) der Weltgesundheitsorganisation das Pestizid als „wahrscheinlich krebserregend“ und setzte sich damit vom BfR-Urteil ab. Die Politik sah Klärungsbedarf, und das Bundesinstitut fertigte eine Ergänzung ihres Prüfberichts an. Die Kurzfassung dieses „Addendum I“ ging dann als Handreichung an das Bundeslandwirtschaftsministerium und enthält offenbar so brisantes Material, dass das „Bundesinstitut für Risiko-Bewertung“ dieses lieber unter Verschluss halten möchte. Dies gelingt ihm allerdings

Mehr als
100.000
Zugriffe
wöchentlich

www.CBGnetwork.de



nicht. Am 4. Juli 2019 hob das Landgericht Köln die einstweilige Verfügung, die das BfR gegen FRAG DEN STAAT erwirkt hatte, wegen mehrerer Form-Fehler auf. Allerdings besteht noch die Möglichkeit, das Urteil anzufechten. Die Aktivist*innen streben allerdings eine grundsätzliche Klärung des Sachverhalts an. „Darf eine öffentliche Stelle wirklich das Urheberrecht in Stellung bringen, um missliebige Berichterstattung zu zensieren?“, auf diese Frage wollen die Aktivist*innen eine juristische Antwort erhalten. Darum haben sie in Berlin eine so genannte negative Feststellungsklage eingereicht.

PCB: Auch Los Angeles klagt

Polychlorierte Biphenyle (PCB) gehören zu den giftigsten Hervorbringungen der Chlorchemie. Die vor allem von BAYER und MONSANTO in Umlauf gebrachten gefährlichen „Alleskönner“ kamen bis zu ihrem vollständigen Verbot 1989 in Elektrogeräten, Fugendichtungsmassen, Farben, Ölen, Lacken und Bodenbelägen zum Einsatz – und stellen immer noch ein beträchtliches Gesundheits- und Umweltrisiko dar. Darum ist der BAYER-Konzern seinem neuesten Geschäftsbericht zufolge „mit einer Vielzahl von Klagen wegen des Gebrauchs von und der Exposition gegenüber PCB-Produkten konfrontiert, in denen Gesundheits- und Vermögensschäden geltend gemacht werden.“ Ende Mai 2019 gesellte sich eine neue hinzu. Die Stadt Los Angeles zog vor Gericht. Die Kommune wirft BAYERS Tochter-Gesellschaft MONSANTO vor, die Gewässer in der Vergangenheit wissentlich mit PCB verseucht zu haben und fordert eine Millionen-Summe ein, um die Reinigungskosten tragen zu können. 15 andere US-amerikanische Städte sowie der Bundesstaat Oregon hatten bereits vorher juristische Schritte eingeleitet. Und allein Oregon macht Schadensersatz-Ansprüche in Höhe von 100 Millionen Dollar geltend. Sie gründen sich unter anderem auf firmen-eigene Dokumente von MONSANTO, die selber von Risiken wie „systemischen toxischen Effekten“ sprechen. Einen Produktionsstopp haben die Manager*innen damals jedoch trotzdem abgelehnt, da es um „zu viel MONSANTO-Gewinn“ ginge. Der Leverkusener Multi bezeichnet die Klagen als unberechtigt: „Wir sind davon überzeugt, gute Argumente zur Verteidigung gegen die erhobenen Ansprüche zu haben und beabsichtigen, uns in diesen Verfahren entschieden zu verteidigen.“

Vergleich in Sachen „XARELTO“

BAYERS Gerinnungshemmer XARELTO mit dem Wirkstoff Rivaroxaban hat gefährliche Nebenwirkungen. Allein bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur EMA gingen bis zum 6. Juli 2019 mehr als 106.072 Meldungen über lebensgefährlichen Blutungen und andere unerwünschte Arznei-Effekte ein. In den USA reichten wegen solcher XARELTO-Folgen 25.500 Geschädigte bzw. deren Hinterbliebene Schadensersatz-Klagen ein. Mit ihnen einigten sich der Leverkusener Multi und sein US-amerikanischer Vertriebspartner JANSSEN nun auf einen Vergleich. Die beiden Unternehmen erklärten sich – „ohne Anerkennung einer Rechtspflicht“, wie es im Konzern-Bericht für das erste Quartal 2019 heißt – bereit, 775 Millionen Dollar Entschädigung zu zahlen.

IMPRESSUM



Der *Ticker* erscheint viermal jährlich als Beilage des Magazins Stichwort BAYER. Er wertet systematisch die der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zugänglichen Informationen zu BAYER und den Tochter- Unternehmen des Konzerns aus und bereitet selbst recherchiertes Material auf. Wird der *Ticker* gesammelt, steht bald ein vielen Nutzungsmöglichkeiten offenes Archiv rund um den Global Player BAYER zur Verfügung.

REDAKTION:

Jan Pehrke (V.i.S.d.P.), CvD: Axel Köhler-Schnura, Uwe Friedrich

HERAUSGEBER:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG)

AUSZEICHNUNGEN:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von BUSINESS CRIME CONTROL. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Mathews-Preis“ geehrt.

ADRESSE:

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon: 0211/33 39 11
Fax: 0211/33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
<http://www.CBGnetwork.org>

ABONNEMENT:

Es gelten die Abo-Konditionen von *Stichwort BAYER (SWB)*.

Der *Ticker* kann als *SWB*-Beilage nur zusammen mit *SWB* abonniert werden.